

Rezension: Hubertus Knabe: Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland

Zeidler, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zeidler, M. (2006). Rezension: Hubertus Knabe: Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland. [Rezension des Buches *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland*, von H. Knabe]. *Totalitarismus und Demokratie*, 3(1), 167-171. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-351852>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Hubertus Knabe, Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin 2005 (Propyläen-Verlag), 388 S.

Hubertus Knabes Titel mit dem demonstrativen Fragezeichen steht schlechthin für das Programm seines Buches. Wer hätte sich nicht schon gelegentlich über den unkritischen, ja zuweilen plump-primitiven Umgang mit dem Begriff von der „Befreiung“ im Hinblick auf das Kriegsende 1945, wie man ihn auch in ernstzunehmenden Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit bis heute antrifft, geärgert? In der DDR war die, man könnte sagen, fast bis zum Erbrechen zelebrierte platte Befreiungsrhetorik jahrzehntelang ein integraler Bestandteil der politischen Legitimationsstrategie der SED-Diktatur. In der Bundesrepublik bekam der Begriff seit den späten sechziger Jahren Konjunktur im Zuge eines allgemeinen politischen Klimawandels mit einer auch durch ideologische Scheuklappen bedingten Ignoranz und verengten Wahrnehmung der historischen Wirklichkeit, mittels derer manche im Blick auf die jüngste Geschichte meinten, sich, politisch korrekt, noch nachträglich auf die „richtige“ Seite schlagen zu müssen. Hätte inmitten der grenzenlosen Trümmerwüste Berlins vom Sommer 1945, so in den Lebenserinnerungen Egon Bahrs nachzulesen, einer den Deutschen von damals erzählen wollen, dass sie sich fünfzig Jahre später allen Ernstes drüber streiten würden, ob sie 1945 besiegt oder befreit worden seien, er wäre wahrhaft für verrückt erklärt worden. Zu unbezweifelbar, zu allgewaltig und allgegenwärtig war den Geschlagenen des Jahres 1945 die Gewissheit, besiegt und besetzt und dabei Zeuge einer nationalen Katastrophe von beispiellosem Ausmaß zu sein. Dies war um so verständlicher, als auch die Alliierten, die erklärtermaßen nicht als Befreier, sondern als Sieger über eine feindliche Nation und Richter ihrer Verbrechen nach Deutschland gekommen waren, ihnen anfangs wenig Grund zu gegenteiligen Gefühlen gaben.

Gegen den zumindest unwahrhaftigen, der Autor würde wohl noch schärfer sagen, verlogenen Mythos von der Befreiung der Deutschen 1945 – zumindest der „Ostdeutschen“, worin offenbar auch die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Ostgebieten eingeschlossen sind – hat Knabe auf fast 400 Seiten regelrecht „angeschrieben“, wobei er, dem Untertitel gemäß, sich ganz auf die Erfahrungen mit der östlichen Siegermacht, der Sowjetunion unter dem Regime Josef Stalins, konzentriert. Er gliedert seinen Stoff in die drei chronologisch geordneten und thematisch unterteilten Hauptabschnitte „Die Schrecken der Eroberung“, „Die Säuberung der Ostgebiete“ und „Der Weg in die SED-Diktatur“.

Wie so häufig, wenn ein Autor mit erkennbar missionarischem Eifer gegen etwas „anschreiben“ will, gerät er, wie auch in diesem Falle geschehen, auf eine Bahn, die seine wissenschaftliche Ernsthaftigkeit im Umgang mit dem Gegenstand in Frage stellt und auch seinem erklärten Anliegen, eine Wahrheit zu präsentieren, die angeblich bislang „unter moralischen Tabus und politischen Denk-

verboten verschüttet“ war (S. 94), eher Abbruch tut. Leider setzt der Autor bei der Schilderung unzähliger Gewalttaten sowjetischer Soldaten und Angehöriger der Sicherheitsdienste an deutschen Zivilisten und Kriegsgefangenen ganz bewusst auf eine stark emotionalisierende Diktion mit aufwühlenden sprachlichen Bildern („Manche Mutter [...] hielt noch Stunden lang ihr totes Kind im Arm“, S. 43). Uns ist diese Sprache, deutsche Kriegsoffer betreffend, besonders aus dem Buch von Jörg Friedrich über den westalliierten Luftkrieg gegen die deutsche Großstadtbevölkerung vertraut. Sie ruft, zumindest beim berufsmäßigen Historiker, fast reflexartig eine Distanzhaltung hervor, die die Frage nach den Intentionen des Autors in den Vordergrund treten lässt. Nicht nur, dass Knabe das gesamte empirische Material, das er vor dem Leser ausbreitet, zur bloßen „Munition“ macht, nur um möglichst eindrucksvoll zu zeigen, dass bei der Eroberung und Besetzung Deutschlands zwischen Memel, Oder und Elbe, der er „Züge eines Genozids“ (S. 70 f.) attestierte, „von einem Akt der Befreiung nicht die Rede sein konnte“ (S. 45). Ganz im Banne dieses Materials, das, die ersten beiden Hauptkapitel betreffend, fast gänzlich aus der zweifellos verdienstvollen Zeugenberichtssammlung des Bonner Vertriebenenministeriums aus den fünfziger Jahren geschöpft ist, aber dennoch und gerade im Abstand eines halben Jahrhunderts eines kritischen und behutsamen Umgangs bedarf, produziert er Urteile, die in ihrer Pauschalität befremden müssen. „Völkerhass und Klassenhass kennzeichneten in erster Linie die Übergriffe beim Vormarsch der Roten Armee nach Deutschland“, ist an einer Stelle (S. 71) zu lesen. Natürlich fehlen auch nicht längere Zitate aus dem berühmten Ehrenburg-Aufruf, „Töte!“, allerdings ohne irgendeinen Hinweis darauf, dass dieser aus dem Juli 1942 stammte, also einer ganz anderen Kriegssituation als der des Jahres 1945 entsprang (S. 64 f.).

Gewalttaten der unterschiedlichsten Art nicht als Einzelfälle, sondern als Massenphänomene zu benennen ist das eine, das andere und wirklich problematische ist es, auf diesem Feld quantifizierende Aussagen zu machen, deren Gültigkeit durch nichts und niemanden auch nur ansatzweise überprüft werden kann. „Schätzungsweise zwei Millionen Frauen und Mädchen“ seien beim Vormarsch der russischen Truppen in „Ostdeutschland“ Vergewaltigungen zum Opfer gefallen, heißt es gleich eingangs (S. 9, wiederholt auf S. 56), davon 1,4 Mill. in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, wobei 180 000 von ihnen direkt oder an den Folgen gestorben seien (S. 56). Man kann angesichts solcher Angaben sich nur fragen, woher Knabe diese Zahlen nimmt, Belege dafür finden sich weder im Text noch in dem mit ganzen 14 Seiten überaus knapp gehaltenen Anmerkungsteil des Buches. Wenn er etwa zum Vergleich „die Zahl der Liquidierungen beim Einmarsch der Roten Armee“ für nicht angebar hält und sich vernünftigerweise auf die Feststellung von „massenhaft begangenen Kriegsverbrechen“ beschränkt (S. 57 f.), wie kann er dann gerade zu diesem Thema mit konkreten Zahlen aufwarten wollen?

Bezeichnend für seinen Umgang mit Daten zu dieser bis heute emotionalisierten Thematik erscheint eine Textpassage (S. 84), die sich mit den Vergewaltigun-

gen im Zusammenhang mit der Eroberung und Besetzung Berlins befasst. „Einer Hochrechnung zufolge“ (welcher erfahren wir nirgendwo) seien dort bis zum Juni 1945 „mindestens 100 000 Frauen und Mädchen vergewaltigt“ worden, wobei die Zahl der Delikte „erheblich höher als die der Opfer“ gewesen sei. „Bei 450 000 Rotarmisten und etwa 1,4 Millionen Frauen, die sich zu dieser Zeit in der Stadt aufhielten“, heißt es dann weiter, „dürfte es zu mehreren hunderttausend Vergewaltigungen gekommen sein“. Kann man so allen Ernstes mit Zahlenvermutungen jonglieren, die einen ernsten und zur Behutsamkeit mahnenden Gegenstand betreffen?

Kurzschlüssig ist ebenso die folgende Feststellung: „Zahlreiche Augenzeugen gaben ferner übereinstimmend an, dass die Vergewaltigungen und Plünderungen nach einigen Wochen verboten wurden – demnach also vorher erlaubt waren“ (S. 72), vollends unmöglich erscheint die Behauptung, dass erst ab dem Sommer 1947 (!) „die Sowjets ernsthafte Anstrengungen, die Disziplin in der Roten Armee wiederherzustellen,“ unternommen hätten (S. 91). Generell unterliegt Knabe dem noch weit verbreiteten Klischeebild von der sowjetischen Armee des Zweiten Weltkriegs als einer „streng geführten“ (S. 63), gewissermaßen auf Knopfdruck von oben in ihrem Verhalten ohne Zeitverzug beliebig steuerbaren Maschine, bei der „Fehlläufe“ fast allein dem Willen der Führungsstellen zuzuschreiben waren (vgl. S. 74 im Widerspruch zu S. 78). Zum realen „Innenbetrieb“ dieser riesigen, in ihrer Zusammensetzung nach Alter, Bildung, Sprache, nationaler und kultureller Herkunft so überaus heterogenen Streitmacht möchte man ihm die Lektüre von Vladimir Gel'fands „Deutschland-Tagebuch 1945–1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten“ nachdrücklich empfehlen. Auch bei der ausführlich abgehandelten Kriegsgefangenen-Thematik, bei der die Arbeitsergebnisse der bundesdeutschen Maschke-Kommission aus den sechziger Jahren seine Hauptquelle bilden, bliebe viel Kritikwürdiges anzumerken, das weit vom gegenwärtigen Forschungsstand entfernt ist. An dieser Stelle nur soviel: Knabe scheint der Widerspruch zwischen seinen Zahlenangaben auf den Seiten 100 und 124 (Stichwort: wo sind die „verschwundenen“ 700 000 abgeblieben?) gar nicht aufgefallen zu sein. Übrigens: Welche Deutschen wurden in Minsk und wann für die Ermordung polnischer Offiziere im Wald von Katyn hingerichtet, wie auf Seite 123 behauptet wird?

Doch weg von den zahllosen unstimmben Details in diesem Buch, deren pebble Auflistung am Ende nur ermüden würde, und noch einmal zurück zum ominösen „Befreiungsdatum“ des 8. Mai, für bzw. gegen das sich der ganze Text so ereifert: Wie fast jeder „missionarisch tätige“ Autor kennt und pflegt auch Knabe seine Feindbilder. Sie reichen in seinem Falle von Erich Kuby über Ralph Giordano bis zu Richard von Weizsäcker. Vor allem der letztere bezieht heftige Prügel wegen des von ihm in seiner vielbeachteten Rede zum 8. Mai 1985 angeblich präsentierten „ziemlich verschwommenen Bildes der Geschichte“, das mit „blumigen Formulierungen überdeckte [...], dass es östlich der Elbe 1945 eine wirkliche Befreiung nicht gegeben hatte“ (S. 30). Der frühere Bundespräsident

wird in einem geradezu ausfallenden Rundumschlag zum quasi staatsoffiziellen Schöpfer einer Mär erklärt, die allen Deutschen verbindlich den 8. Mai 1945 als nationales Befreiungsdatum habe dekretieren wollen. Besonders perfide klingt eine Passage, die der ganz vom „damaligen Zeitgeist“ geprägten, soll wohl heißen, friedenspolitisch Status quo-fixierten Rede das Folgende bescheinigt: „Die friedliche Revolution vom Herbst 1989 war in dieser Perspektive nicht vorgeesehen“ (S. 30).

Wer die Rede Richard von Weizsäckers auch heute, im Abstand von gut zwei Jahrzehnten und im Lichte der weltpolitischen Umwälzungen, die wir seitdem erlebt haben, aufmerksam liest, wird in ihr nichts finden, was solch ein rigides Pauschalurteil rechtfertigt. Im Gegenteil, er trifft dort auf das differenzierte Bild einer sehr gespaltenen Erinnerung der Zeitgenossen im Hinblick auf dieses symbolische Datum: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern [...] Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos [...] Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse, dunkle Zukunft.“ Dass ungeachtet der Trostlosigkeit und Verzweigung des Augenblicks der 8. Mai letztlich „ein Tag der Befreiung“ war, dass er nicht nur „von“, sondern auch „zu“ etwas befreite, wurde den Deutschen – auch das sagt die Rede aus – erst zögerlich und mit wachsendem Zeitabstand bewusst. Dass er den Weg öffnete zum Wiedergewinn der Rechtsstaatlichkeit, zu einem politischen Neubeginn unter der Demokratie, zu Wirtschaftswunder und Wohlstand im Zeichen einer sozialen Marktwirtschaft und, nicht zuletzt, zur Versöhnung mit den Nachbarn und Gegnern zweier verheerender Weltkriege, erschloss sich den meisten, die das Glück hatten, in den westlichen Besatzungszonen zu leben, erst in der Rückschau aus notwendiger Distanz. Mit der authentischen Gefühlslage des Augenblicks hatte all das wenig zu tun. 1945 war nur eines klar: dieses Datum stand für die Befreiung der Deutschen *von* etwas: von einer rücksichtslosen Gewaltherrschaft und dem alles zerstörenden Inferno eines totalen Krieges. Manchem, weiß Gott nicht jedem, ermöglichte es bereits damals die Erkenntnis vom „Ende eines Irrweges deutscher Geschichte, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg“. Auch hier ist Weizsäcker klar und schwerlich misszuverstehen: mehr zu erkennen, als dies, bestenfalls einen „Keim der Hoffnung“, war den Deutschen von damals schlechterdings nicht möglich.

Seitdem ist die Geschichte in schneller Gangart weiter vorangeschritten. Könnte es sein, dass auch die historische Qualität nachfolgender „Befreiungsdaten“ unserer Geschichte nicht wenigen unserer Landsleute, die ganz von den Existenzängsten und sozialen Nöten des Augenblicks gelähmt sind, sich erst im Abstand eines größeren Zeitraums erschließt? Doch auch hier lässt Knabe, wie an so vielen anderen Stellen seines Buches, souverän jede kritische Sensibilität und Nachdenklichkeit hinter sich. Mit apodiktischer Selbstgewissheit schmettert er uns den tönenden Schlusssatz seines Buches entgegen, der da lautet: „Nur durch die westlichen Alliierten gewann die Freiheit in Deutschland die Ober-

hand [...] Erst der Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 brachte Ostdeutschland die Befreiung“ (S. 352).

Wie hatte der vom Autor so gescholtene frühere Bundespräsident fast versteckt im Schlussteil seiner inkriminierten Rede vom Jahre 1985 gesagt? Man lese es nach: „Wir haben die Zuversicht, dass der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.“ Könnte der Gescholtene mit dieser Zuversicht, viel schneller als damals zu ahnen gewesen war, recht behalten haben? Hubertus Knabe sollte „sine ira et studio“ auch einmal nachlesen.

Dr. Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, D-60389 Frankfurt am Main.



Steffen Alisch, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004 (Verlag Ernst Vögel, Stamsried), 422 S.

Der Politikwissenschaftler Steffen Alisch hat in seiner Dissertation zur „Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer“ ein äußerst anspruchsvolles und überdies zeitgeschichtlich brisantes Thema aufgegriffen. Die geteilte Stadt war während des gesamten Kalten Krieges, insbesondere in den Zeiten der verschärften Block-Konfrontation, Gegenstand von Begehrlichkeiten zwischen Ost und

West sowie ein Schauplatz für symbolische Politik. Für die Bewohner West-Berlins hingegen besaß Berlin-Politik nicht erst mit der vollständigen Abriegelung der innerdeutschen Grenze im August 1961, sondern zu jedem Zeitpunkt existentielle Bedeutung. Ihre Interessen des alltäglichen Daseins befanden sich stets im Spannungsfeld unterschiedlichster politischer Interessen; bis 1989/90 setzten für das Leben in Berlin „globale, nationale und lokale Faktoren und Akteure“ in besonderem Maße Rahmenbedingungen (S. 375). Gemeinsam lag den Westalliierten, dem Berliner Senat und der Bundesregierung daran, den Status der Stadt zu festigen und zugleich die Situation der eingeschlossenen Bevölkerung zu verbessern. Für die SED-Führung wiederum waren die Menschen lediglich Verhandlungsmasse; sie bemühte sich um den Ausbau ihres Einflusses: Nachdem sie sich vom Wunsch einer Einverleibung hatte verabschieden müssen, versuchte sie immer wieder politischen Druck auszuüben und ihre ungünstige internationale Stellung aufzuwerten. Letztendlich konnte sie in langwierigen Verhandlungen aufgrund von primär ökonomischen Zwängen schrittweise zu Zugeständnissen bewegt werden.

Statusfragen und Hoheitsrechte beeinträchtigten immer wieder die „Berliner Variante der deutsch-deutschen ‚Vertragspolitik‘“ (S. 16) und verlangten einen